

## Machen Sie Ihren Stimmzettel zum Denkmittel!



**Ihr Kandidat für den  
Wahlkreis 119 – Mülheim/Essen  
Hans-Georg Hötger**  
Studienrat, 3 Töchter, 1 Enkel  
Vorsitzender der Wählergemeinschaft  
MBI – Mülheimer Bürger Initiativen,  
Mitherausgeber des Mülheimer Filzbuchs und  
maßgeblich beteiligt an der Gründung der BISS  
zur Rettung des Freibads in Styrum

### Liebe Mitbürger/innen,

Ich werde oft gefragt: “Warum kandidierst du zur Bundestagswahl? Du hast doch gegen die Vertreter der Parteien gar keine Chance. Die machen doch sowieso, was sie wollen!“

Genau das ist der Grund, warum ich als Vertreter der rein kommunalen MBI - Mülheimer Bürger Initiativen -- kandidiere, als einziger parteiunabhängiger Kandidat, der Niemandem außer dem Wähler verpflichtet ist.

Unser Land braucht endlich mehr Offenheit und Ehrlichkeit, um die Probleme mit mutigeren und gerechteren Ideen zu meistern.

### **Die größten Probleme sind Arbeitslosigkeit , Bildungsnotstand, gefährdeter Frieden und die aufziehende Klimakatastrophe!**

Beseitigen wir einen großen Teil der Arbeitslosigkeit, so könnten wir Sozialbeiträge zu Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Rentenversicherung senken und den Solidaritätszuschlag Ost streichen.

Wir dürfen nicht die Arbeitslosen für ihr Schicksal verantwortlich machen, sondern die, die ihnen die Arbeit verweigern.

*Steuerhinterziehung im großen Stil,  
Korruption in Millionenhöhe und  
massive persönliche Vorteilsnahme  
durch Manager und Politiker dürfen nicht  
mehr als Kavaliersdelikte behandelt werden,  
denn mit diesem Geld könnte man  
viele Arbeitsplätze schaffen!*

Arbeitsplätze u.a. in Kindergärten und Schulen, im Jugendbereich und in der Pflege und Betreuung unserer alten Mitbürger wären vorhanden.

*Es kann doch nicht angehen, dass wir diejenigen, die dieses Land nach dem Krieg wieder aufgebaut haben, nur noch verwahren und in sogenannten Altenheimen wegschließen, anstatt sie so zu pflegen und zu betreuen, dass sie ihrem Alter entsprechend und menschenwürdig noch am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.*

Nach PISA und Erfurt sind weitere Kürzungen im Bildungsbereich unverantwortlich, im Gegenteil: Geld für Bildung und Kinder statt für Rüstung und Kriegseinsätze ist eine Zukunftsinvestition.

Wir müssen keine Spürpanzer in arabischen Staaten, Marineeinheiten am Horn von Afrika stationieren, um den Frieden in Afghanistan zu sichern!

Helfen wir lieber mit dabei, dass alle Menschen dieser Erde genug zu essen und zu trinken, ein Dach über dem Kopf und die Möglichkeit zu Ausbildung und Bildung haben!

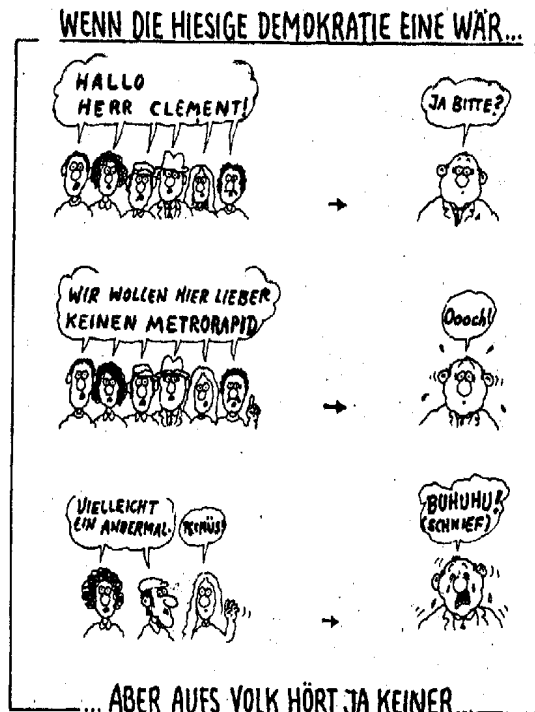
Das ist die beste Friedenssicherung, die wir betreiben können. Dann bräuchten wir keine Milliarden fressende Bundeswehr und unser Staat hätte wieder mehr Geld zur Verfügung.

*Um zu helfen, das überfällige Umdenken einzuleiten, dafür kandidiere ich.*

*Allen, die keine der Parteien mehr wählen wollen oder können, will ich die Möglichkeit eröffnen, mit ihrer Erststimme für meine Person als MBI-Direktkandidat aktiv den*

**„Wahlzettel zum Denkmittel“  
zu machen.**

Die Erststimme entscheidet nicht über Bundeskanzler oder Bundestagsmehrheit. Deshalb ist Ihre Erststimme für mich vor allem ein Zeichen vor Ort!



**MBI-Geschäftsstelle**  
 Kohlenkamp 1, 45468 Mülheim,  
 Tel. 0208-3899810, Fax: 3899811  
 e-mail: mbi@mbi-mh.de,  
 Internet: www.mbi-mh.de

## Armes Mülheim? Armes Essen? Armes Ruhrgebiet?

### Fast täglich eine Hiobsbotschaft!

*MBI fordern: Global denken, regional handeln!*

Die Alarmzeichen aus dem gesamten Revier sind sehr deutlich, ein Ende des Kirchturmsdenkens überfällig! Wirtschaftsförderung darf nicht weiter bedeuten, dass Nachbarstädte sich gegenseitig die ansiedlungswilligen Unternehmen streitig machen, vgl. Medion. Deshalb: In interkommunaler Zusammenarbeit können und müssen brachliegende Gewerbeflächen optimaler genutzt werden, anstatt die letzten Grünflächen zu verbrauchen. Der Strukturwandel im Ruhrgebiet braucht gezielte Förderprogramme, die innovative mittlere und kleinere Unternehmen unterstützen, anstelle von weiteren Subventionen in nicht zukunftsfähige Großunternehmen wie beim Steinkohlebergbau.

*Unsere Städte brauchen auch keine jahrelangen Großbaustellen für ein milliardenschweres Prestige-projekt Metrorapid ohne verkehrlichen Nutzen!*  
 Auch muss der Solidarpakt Ost bald im Sinne der Ruhrgebietsstädte den Gegebenheiten angepasst und die Kommunalfinanzierung insgesamt schnellstens reformiert werden.

Egal wer Kanzler wird, die ersten Maßnahmen müssen in den o.g. Bereichen liegen, ansonsten wird eine Kommune nach der anderen im Revier handlungsunfähig. Dann hat auch der Bund ein dickes Problem! *Die Städte dürfen nicht weiter die Ver- und Entsorgung ihrer Bürger, ob bei Müll, Abwasser, Wasser oder ÖPNV ausverkaufen müssen!*



Die Bilder erinnern an das Verhalten der lokalen Fürsten in den Ruhrgebietskirchtürmen!

## Schutz der regionalen Grünzüge!

Hände weg von  
 Hexbachtal, Winkhauser Tal, Grünflächen  
 Wrangelstr., Klotzdelle, Diepenbeck,  
 Fünter-weg, Laut- und Lohstr.,  
 Donnerberg, Selbeck

Auch im Wohnungsbereich konkurrieren die Ruhrgebietsstädte sich gegenseitig zu Tode. Die letzten Grüngebiete sollen für Einfamilienhäuser geopfert werden, um junge Familien hauptsächlich aus den Nachbarstädten anzusiedeln. Der Leerstand an Wohnungen aber wächst rapide, ganze Stadtteile vergammeln zusehends.

Auch für die Wohnungsbaupolitik muss bei weiter sinkenden Einwohnerzahlen eine verbindliche interkommunale Planung angestrebt werden. Regionale Grünzüge, wichtig für Durchlüftung und Naherholung, müssen deshalb gesetzlich besser geschützt und Tabu für weiteres Bauen werden.

### Die MBI fordern für Bund, Land, Kommunen

- verstärkte Bekämpfung von Korruption, Filz, Vettern-/Cousinenwirtschaft auf allen Ebenen, dazu auch Änderung der Ausnahmeparagraphen 33, 34, 35 im Baugesetzbuch und gesetzliche Eindämmung des Ausverkaufs der Grundversorgung (Wasser, Gas, Abwasser, Müll, ÖPNV....)
- mehr Transparenz und Bürgernähe sowie die Stärkung der Demokratie von unten durch frühzeitigere Bürgerbeteiligung, vereinfachte Bürgerbegehren und Volksentscheide und Einführung des Prinzips der Nachhaltigkeit (Agenda 21) in allen Planungsprozessen
- die Einführung von Flugbenzinsteuer und Steuer auf Spekulationsgewinne (Tobinsteuer)
- die Berücksichtigung der kommunalen Interessen bereits im Vorfeld bei allen "Leuchtturmprojekten" wie Metrorapid, Triennale, Olympia etc.
- die Stärkung der Kommunalfinanzien und ein "Notprogramm Ruhrgebiet"
- deutlich verbesserter gesetzlicher Schutz gegen Lärm und neue Gesundheitsgefahren wie Elektrosmog
- Abschaffung von Privilegien wie Bonusmeilen u.v.m. für Volksvertreter